

**Gute Arbeit  
für Hamburg.**

**Wahlprogramm im Vergleich | AG  
Wirtschaft Distrikt Ottensen**

Ottensen

**SPD**

**Vergleich der Programme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008  
Aussagen zu den Themenbereichen Wirtschaft, Arbeit, Umwelt und Finanzen**

**Hamburg, 09.01.2008**

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**

---

| <b>Inhalt</b>       | <b>Seite</b> |
|---------------------|--------------|
| Vorbemerkungen      | 3            |
| Hafen               | 4            |
| Kreativ-Wirtschaft  | 6            |
| Arbeitsmarktpolitik | 12           |
| Mindestlohn         | 15           |
| Umwelt und Energie  | 17           |
| Verkehr             | 26           |
| Finanzpolitik       | 31           |
| Privatisierung      | 35           |

## **Vorbemerkungen**

Die Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Arbeit“ der SPD Ottensen hat im Dezember 2007 und Januar 2008 die Programme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl am 24.02.2008 durchgesehen und verglichen – mit Schwerpunkt auf den Themenbereichen Wirtschaft, Arbeit, Umwelt und Finanzen.

Die wichtigsten Ergebnisse werden im folgenden – stets aus dem Blickwinkel Wirtschaft und Arbeit – in Form einer Synopse dargestellt. Dabei kann allerdings keine Gewähr für absolute Vollständigkeit gegeben werden.

Die aufgeführten Aussagen der fünf Parteien SPD, CDU, GAL, FDP und Linke sind entweder wörtliche Zitate aus den Programmen der Parteien oder sinngemäße Zusammenfassungen von uns. Die Gliederungspunkte der Darstellung wurden von uns so ausgewählt, dass man einen möglichst raschen Zugang zu den einzelnen Punkten findet – zu Übereinstimmungen ebenso wie zu den Gegensätzen zwischen den Parteien. In der Spalte „Anmerkungen“ haben wir – relativ sparsam – eigene Kommentierungen hinzugefügt, die das Bild ggf. abrunden sollen. Im Grundsatz denken wir aber, dass sich jede Leserin und jeder Leser durchaus rasch sein eigenes Urteil bilden kann.

Uwe Biel, Paul G. Buttler, Gabi Dobusch, Johannes Roßberg, Kurt Wand, Reinhard Zaage

Hamburg, 09.01.2008

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Hafen -**

| Thema                                  | SPD  | CDU                            | GAL  | FDP  | Linke                           | Anmerkungen  |
|--|--|--------------------------------|--|--|---------------------------------|--|
| <b>Hafenquerspange</b>                 | Bau der Hafenquerspange<br>Die Hafenquerspange mit einem Tunnel kombinieren, damit die Lärm- und Abgasbelastung minimiert wird.  | Bau einer Hafenquerspange      | Die GAL lehnt einen Bau der Hafenquerspange ab, da dadurch nur mehr Raum für Fahrzeuge geschaffen wird und nicht eine Verringerung des Verkehrs bezweckt wird. | Sofortiger Baubeginn und Prüfung auf Privatfinanzierung der Hafenquerspange.   | Keinen Bau der Hafenquerspange. |  |
| <b>Elbvertiefung</b>                   | Unverzügliche Anpassung der Fahrrinnentiefe der Elbe.  | Die Elbvertiefung soll kommen. | Keine Elbvertiefung und auch ein zukünftiger Verzicht auf weitere Vertiefungen.  | Die Elbvertiefung muss mit den Elbanliegern in Einklang gebracht werden.   | Keine weitere Elbvertiefung.    |  |
| <b>HHLA / Hamburger Port Authority</b> | Der CDU-Senat hat in unverantwortlicher Weise Teile der HHLA verkauft. Wir werden dafür sorgen, dass ein Verkauf über die jetzt an die Börse gebrachten 30 % hinaus nicht stattfindet. |                                | Die Grünen lehnen den weiteren Verkauf von Anteilen an der HHLA ab, um eine Sperrminorität anderer unerwünschter Unternehmen zu verhindern.                    | Keine eindeutig klare aussage zum HHLA - Verkauf und zu weiteren Verkaufsoptionen.<br>Die Hamburger Port Authority bleibt im Besitz der Stadt Hamburg. | Keine Privatisierung der HHLA.  | Die CDU steht weiter zum Verkauf der 30% Anteile an der HHLA, bis jetzt hat sie sich aber nicht eindeutig geäußert, ob sie weitere Teile an den Kapitalmarkt bringen will. |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Hafen -**

| Thema   | SPD  | CDU  | GAL  | FDP                           | Linke   | Anmerkungen |
|---|--|--|--|-------------------------------|---|-------------|
| <b>Hafenbahn, Anbindung des Hafens und Y-Trasse</b> | <p>Modernisierung der Hafenbahn.</p> <p>Die Bahn Y-Trasse Hamburg-Bremen-Hannover muss umgehend realisiert werden.</p> <p>Die A21 mit der Elbquerung vorantreiben, damit die Stadt weiter entlastet wird.</p>      | <p>Modernisierung der Hafenbahn.</p> <p>Bau der Hafenerquerung</p>         | Keine Aussage  | Modernisierung der Hafenbahn. | Kein Bau der ICE -Y-Trasse zwischen Hamburg, Bremen und Hannover. |             |
| <b>Güterverkehr</b>                                 | <p>Anstrengungen für den Lärmschutz verstärken und für eine baldige Entlastung der Anwohner zu sorgen.</p> <p>Vermeehrt Güter auf das Binnenschiff verlagern um die Straßen von LKW -Transporten zu entlasten.</p> | <p>Lärmschutz deutlich verbessern</p> <p>Modernisierung der Hafenbahn.</p> | Der Lärmschutz an der Gütertrasse durch Wilhelmsburg, Harburg, Wandsbek und Rahlstedt muss deutlich verbessert werden. | Keine Aussage                 | Neubau einer neuen Gütertrasse um Hamburg herum.                  |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Kreativ-Wirtschaft -**

| Thema   | SPD  | CDU  | GAL   | FDP | Linke   | Anmerkungen |
|---|--|--|---|-----|---|-------------|
| <b>Kreativwirtschaft und Innovationen – allgemein</b> | <p>Hamburgs Stärke als Hafenstadt, Handelsmetropole, Industriestandort und als kreatives Zentrum bewahren und fördern.</p> <p>Technologieintensive Bereiche wie Luft- und Raumfahrt, Hafen und Logistik, Gesundheit und Medizin, Informationstechnologie und Medien, Klimaschutz und erneuerbare Energien benötigen Qualifizierung, Weiterbildung, Hochschulausbildung, Forschung und den Technologietransfer von der Theorie in die Praxis: Hier bedarf es neben dem freien und unentgeltlichen Zugang zu Bildung und Studium der Vernetzung von Einrichtungen, Initiativen, Förderungen und eines möglichst kurzen Weges von</p> | <p>Hamburg als kreative Stadt besser präsentieren und unsere Stadt international als tolerante und kreative Metropole zeigen.</p> <p>Im Rahmen unserer Strategie der „Wachsenden Stadt“ heimische Talente entwickeln und Gründer und Kreative aus dem In- und Ausland anlocken.</p> <p>Branchenimpulse geben. Im Fokus: Luftfahrt, Logistik, IT/Medien und Life Science.</p> | <p>Kreative Wirtschaft soll endlich die Aufmerksamkeit bekommen, die ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und Dynamik entspricht.</p> <p>Kreative Köpfe sind wichtiger als Kaimauern (nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht).</p> <p>Hamburg soll zur Kultur- und Kreativmetropole werden. Das erfordert mehr als Wirtschaftspolitik, dafür müssen auch Bildung, Kultur, Integration und die Vielfalt der Lebensformen im Fokus der Politik stehen.</p> <p>Eigenes Clustermanagement für Wirtschaftsbereich Kreativwirtschaft.</p> <p>Investitionen in wissenschaftlichen und kreativen Bereich als Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs</p> |     | <p>Gegen „Instrumentalisierung“ von Kreativität und Kultur.</p> <p>Überführung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft (auch: Medien, Kultur) in öffentliches Eigentum.</p> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Kreativ-Wirtschaft -**

| Thema         | SPD  | CDU   | GAL  | FDP | Linke  | Anmerkungen |
|---------------|--|---|--|-----|--|-------------|
|               | <p>der Forschung zum Markt.</p> <p>Eine moderne, technologie- und wissensbasierte Wirtschaftsstruktur braucht eine auf sozialen Ausgleich verpflichtete Gesellschaft, stabile Familien, beste Bildung, Mitbestimmung und das Vertrauen in die eigene Stärke. Alle Elemente bedingen einander.</p>                                  |   | <p>und neuer Arbeitsplätze, in dem wirtschaftliche und menschliche Interessen jetzt Hand in Hand gehen.</p> <p>Förderungsprogramm für Gründungswillige, Einzel- und Kleinstunternehmen.</p> <p>Wettbewerb Hamburg kreativ.</p> |     |  |             |
| <b>Medien</b> | <p>Hamburg ist einer der wichtigsten Standorte der Medienwirtschaft in Deutschland.</p> <p>Hamburg ist führend in der Werbewirtschaft und in der Zeitschriftenbranche.</p> <p>Hamburg ist wichtiger Filmstandort.</p> <p>Standortfaktor NDR und Studio Hamburg.</p> <p>Die für die Zukunft des Medienstandortes besonders wic-</p> | <p>Medienstandort Hamburg stärken</p> <p>Hamburgs Anschluss an die Dynamik im Mediensektor für die Zukunft sichern.</p> | <p>Staatsrat für Medien, Filmförderung und Rundfunkstaatsvertrag.</p> <p>In Bildung, Wissenschaft und Forschung investieren, um Hamburg als Zentrum für Kultur, Medien und erneuerbare Energien zu stärken.</p>                |     | <p>Hamburg – eine Stadt der Medien.</p> <p>Sicherstellen einer kulturellen und kreativen Filmproduktion.</p> <p>Gegen standortinteressen-bezogene Medienwirtschaft.</p> <p>Transparenzpflicht für alle Medienunternehmen durchsetzen.</p> <p>Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für freie Journalisten.</p> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Kreativ-Wirtschaft -**

| Thema                           | SPD  | CDU   | GAL  | FDP   | Linke  | Anmerkungen |
|---------------------------------|--|---|--|---|--|-------------|
|                                 | tigen Ausbildungseinrichtungen ausbauen.<br>Keine Einschränkung der digitalen Möglichkeiten öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten.  |   |  |   | Beschränkung weiterer Privatisierungen im TV-Bereich (Rundfunkstaatsvertrag).<br>Verlagerung des Medienbeauftragten von der Wirtschafts- in die Kulturbehörde. |             |
| <b>Neue Medien / IT</b>         | Hamburg ist erfolgreich bei Entwicklung und Design im Bereich neuer Medien.  | Mit neuen Medien wie Mobilfunk, Software- und Online-diensten Wachstumsimpulse aufnehmen und kreatives Potential in der Stadt binden.<br>In Kooperation mit der Wirtschaft Fernstudiengänge schaffen. | Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleinere IT-Unternehmen durch Förderung offener Standards.  | Mehr tun im Bereich IT/Medien:<br>Strukturförderung<br>Mobile multimediale Dienste<br>Gründerzentrum IT / Medien<br>Fachvermittlungsdienste (ARGE)  |  |             |
| <b>Life-Science / High-Tech</b> | Effizienten Technologietransfer für Hamburgs Hochschulen und Forschungseinrichtungen fördern und die bestehenden Technologietransferwege zu einer zentralen Informations- und Serviceeinrichtung | Hamburg als Technologie- und Hochschulstandort weiter entwickeln.<br>Bei der Gewinnung junger Talente den Fokus auf Firmengründer und Technologie legen.  | Hamburg als gentechnik-freie Metropole.<br>Um der Sprechblase des »Life Science« (Lebenswissenschaften)-Clusters endlich Leben einzuhauchen, bedarf es energischer Anstrengungen der Vernetzung vor- | LifeScience: Chance, wichtiges Standbein der Wirtschaft in Hamburg zu werden.<br>Gezielte Förderung für High-Tech-Existenzgründer durch ein spezielles Eigenkapital-Beteiligungsprogramm der Beteiligungsgesellschaft |  |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Kreativ-Wirtschaft -**

| Thema | SPD   | CDU   | GAL   | FDP  | Linke | Anmerkungen |
|-------|---|---|---|--|-------|-------------|
|       | <p>für Unternehmen und Forscher weiterentwickeln.</p> <p>Hamburgs Chancen liegen in der Entwicklung zur Wissensmetropole.</p> <p>Cluster Gesundheitswirtschaft in Hamburg etablieren durch Kräftebündelung der Wissenschaft, Medizintechnik, Biotechnologie, Krankenversorgung, der Unternehmen und Verbände.</p> <p>Bestehende Strukturen wie der Kompetenz-Cluster Life Science sowie die Agentur NORGENTA werden wir stärken und einbeziehen.</p> <p>Senatsstelle für Gesundheitswirtschaft für Koordination schaffen.</p> | <p>Technologietransfer weiter verbessern</p> <p>Life Science im Hinblick auf die Gesundheitswirtschaft weiterentwickeln.</p> <p>Life Science Cluster.</p> | <p>handenen Know-hows und der Förderung universitärer und gewerblicher Forschung, möglichst im Verbund.</p> | <p>Hamburg.</p> <p>Übergreifende Projekte im Bereich Life-Science</p> <p>Strukturförderung statt Subventionen</p> <p>Fachvermittlungsdienste ARGE</p> <p>Ausbau des Life-Science-Clusters</p> <p>Förderung der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft (NORGENTA)</p> <p>Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze durch neue Technologien, Innovation und Fortschritt.</p> <p>Modernes Gentechnik-Gesetz in Bundesrat einbringen.</p> |       |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Kreativ-Wirtschaft -**

| Thema         | SPD  | CDU   | GAL   | FDP  | Linke   | Anmerkungen |
|---------------|--|---|---|--|---|-------------|
| <b>Kultur</b> | <p>Kulturmetropole: attraktiv für Bewohner und für Touristen sowie Kulturschaffende.</p> <p>Unterstützung der Kulturschaffenden.</p> <p>Hamburg Triennale.</p> | <p>Hamburgs Kulturlandschaft als Tourismagnet</p> <p>Hamburg als Musikstandort sowohl in der klassischen Musik als auch im Unterhaltungsbereich weiter stärken.</p> <p>Kulturmarketing verbessern</p> | <p>Berücksichtigung von Musikveranstaltungen bei allen Maßnahmen zur Förderung des Tourismus.</p> <p>Damit Hamburg erst-rangige Pop- und Rockstadt wird, sollen Musikszene und Musikwirtschaft mit anderen Sektoren wie Filmwirtschaft und der Multimedia- und Games-Branche vernetzt sowie Künstler und Labels im Rahmen einer Hamburg-Werbung bei der Vermarktung unterstützt werden.</p> <p>Kultur und Bildungsprojekt „Park Postkolonial“, um Auseinandersetzung mit der Globalisierung anzustoßen.</p> <p>Öffentliche Investitionen in „Kulturzonen“, z.B. St. Pauli.</p> <p>Kulturmarketing mit und für die Hamburger Kulturbetriebe.</p> | <p>Vermarktung, Strukturförderung, private Kunst- und Kulturförderung.</p> | <p>Unterstützung von Genossenschaften im Kulturbereich.</p> <p>Gegen Kommerzialisierung von Kultur.</p> <p>Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Kulturbereich.</p> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Kreativ-Wirtschaft -**

| Thema            | SPD | CDU  | GAL  | FDP  | Linke   | Anmerkungen |
|------------------|-----|--|--|--|---|-------------|
| <b>Tourismus</b> |     | Durch die Vermarktung des touristischen Angebotes im Ausland und die zwei neuen Kreuzfahrtterminals noch mehr Touristen nach Hamburg bringen<br>Kultur als Tourismusmagnet und Wirtschaftsfaktor | Bündelung der Aufgaben von Hamburg Marketing GmbH, Tourismus GmbH und Marketing der Kulturbehörde. | Gastronomie, Hotellerie und Tourismus nach vorne bringen: mehr überregionale Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie Ostseekooperation.<br>Bessere Vermarktung kleinerer und mittlerer Betriebe sowie von St. Pauli.<br>Kulturaspekte betonen.<br>Fachvermittlungsdienste bei der ARGE. | Gegen Großprojekte als Touristenattraktionen (Hafen City, Tamm-Museum). |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Arbeitsmarktpolitik -**

| Thema             | SPD   | CDU  | GAL   | FDP  | Linke   | Anmerkungen |
|-------------------|---|--|---|--|---|-------------|
| <b>Grundsätze</b> | <p>Wo der Senat als direkter Arbeitgeber, als Gesellschafter, Zuwendungs- oder Auftraggeber Einfluss hat auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, muss er vorbildlich handeln: beim Flächentarif, aber auch bei der Förderung von Beschäftigung, Ausbildung, Umweltschutz, Gleichstellung, Weiterbildung, altersgerechten Arbeitsplätzen und bei der Vereinbarung betrieblicher Altersversorgung.</p> <p>Wir werden das von der CDU verstümmelte Personalvertretungsrecht durch ein modernes Mitbestimmungsgesetz für die Verwaltung ersetzen.</p> | <p>Kooperationen von Schulen und Wirtschaft weiter ausbauen.</p> <p>Bei Neueinstellungen von Nachwuchskräften im Öffentlichen Dienst eine Quote von 20 % mit Migrationshintergrund erreichen.</p> <p>Ehrenamtliches Engagement von und für ältere Menschen stärken.</p> <p>Ausbildung des pädagogischen Personals in Kindertagesstätten verbessern.</p> <p>Fortbildung für bestehendes Personal intensivieren.</p> <p>Spezielle FamilienbetreuerInnen ausbilden.</p> | <p>Mit der »Hamburger Quartiersarbeit« wollen wir zusätzliche und gemeinnützige Arbeit dort fördern, wo sie die soziale Stadtteilentwicklung mit der Arbeitsmarktpolitik verknüpft.</p> <p><b>Damit verbessern wir die kulturelle und soziale Infrastruktur im Stadtteil und fördern sinnvolle Beschäftigung, die Beteiligung ermöglicht und Isolation beendet.</b></p> <p>Vorstellbar sind z. B. Tätigkeiten bei der Stadtteilzeitung, der Nachbarschafts- und Altenhilfe, in Schulküchen, Pfortnerlogen, Kultur- und Sportprojekten oder auf Spielplätzen und in öffentlichen Gärten.</p> | <p>Keine Bevorzugung der stadteigenen Arbeitsmarktdienstleister, mehr Wettbewerb durch Privatisierung.</p> <p>(Wir wollen), dass Menschen, die zurzeit keine Beschäftigung haben, Angebote unterbreitet werden, wie sie sich im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten engagieren und gegebenenfalls auch weiterqualifizieren können.</p> | <p>Der Staat muss sich aktiv für mehr Beschäftigung einsetzen, dies nicht dem »freien« Markt überlassen und erforderlichenfalls auch in den Konflikt mit der privaten Wirtschaft gehen.</p> <p>Wir wollen eine aktive Beschäftigungspolitik, die, ausgehend von staatlichen Investitionsprogrammen in die öffentliche Infrastruktur gemäß dem gesellschaftlichen Bedarf (sozialer Wohnungsbau, Stadtentwicklung, öffentlicher Verkehr, Umweltschutz, Gesundheit), auch Steuerreformen in Angriff nimmt.</p> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Arbeitsmarktpolitik -**

| Thema                                 | SPD   | CDU  | GAL  | FDP   | Linke   | Anmerkungen |
|---------------------------------------|---|--|--|---|---|-------------|
| <b>Arge / Beschäftigungsförderung</b> | <p>Wir setzen auf Beschäftigungsförderung und Qualifizierung, vor allem auf der Basis von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen.</p> <p>Wir werden ein Sonderprogramm für öffentlich geförderte Beschäftigung zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auflegen.</p> <p>Dafür werden wir die gesamte Bandbreite der Fördermöglichkeiten des Sozialgesetzbuches nutzen, damit auf individuelle Problemlagen reagiert werden kann.</p> <p>Wir werden für Jugendliche, die in Unternehmen keinen Ausbildungsplatz erhalten, öffentlich geförderte Ausbildungsplätze mit Kammerprüfung anbieten.</p> | <p>Die Arbeitsmarktprogramme weiter an dem Bedarf der Wirtschaft ausrichten.</p> | <p>Die Qualifizierung ist insbesondere in einer alternden Gesellschaft der wichtigste Hebel, um den Bedarf an Fachleuten abzudecken und die Chancen auf eine auskömmliche Arbeit für alle zu erhöhen.</p> <p>Längerfristige Maßnahmen mit zertifizierten Abschlüssen erhöhen die Beschäftigungswahrscheinlichkeit und sind standardisierten kurzen Trainings vorzuziehen.</p> <p>Um die Angebote für Langzeitarbeitslose mit besonderen Beschäftigungshemmnissen zu verbessern, wollen wir das ausschließlich für Menschen mit Behinderungen angewendete Instrument der Integrationsfirmen auf den arbeitsmarktpolitischen Bereich übertragen.</p> | <p>Schluss mit den ineffizienten Trainingsmaßnahmen.</p> <p>Mehr vermittlungsorientierte Programme für Langzeitarbeitslose, insbesondere für Ältere und für Jugendliche (ARGE).</p> <p>Mehr vermittlungsorientierte Programme auch für die Betreuungskunden der Agentur.</p> <p>Keine Umwidmung der Senatsmittel für den Arbeitsmarkt zugunsten von Subventionen an Betriebe, Aufstockung zugunsten der genannten vermittlungsorientierten Programme.</p> | <p>Die Abschaffung der Hartz-Gesetze</p> <p>Der öffentliche Dienst hat beschäftigungspolitische Auswirkungen, seine primäre Aufgabe ist jedoch nicht die Beschäftigungspolitik. Seine Aufgabe besteht in der Erweiterung des gesellschaftlichen Reichtums durch sozialkulturelle Dienstleistungen – allein das schafft eine für alle Menschen sinnvolle Entwicklung des Gemeinwesens. Dafür muss endlich wieder mehr Personal eingestellt werden!</p> <p>DIE LINKE fordert die sofortige Abschaffung der Ein-Euro-Jobs. Die dadurch freiwerdenden Gelder sollen zur Schaffung öffentlich finanzierter Beschäftigung genutzt werden.</p> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Arbeitsmarktpolitik -**

| Thema  | SPD | CDU | GAL   | FDP | Linke | Anmerkungen |
|--|-----|-----|---|-----|-------|-------------|
| <b>Kombination Arbeitsmarktpolitik und Daseinsvorsorge</b> |     |     | Dauerhafte Lohnzuwendungen müssen im Rahmen einer Initiative für den integrativen Arbeitsmarkt für bestimmte Personengruppen zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit die Zusammenführung von aktiven Mitteln der Arbeitsmarktpolitik und passiven Mitteln der Daseinsvorsorge zu einem Entgelt realisiert werden könnte. Hier braucht Hamburg mehr Mut und Entschlossenheit. |     |       |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Mindestlohn -**

| Thema                           | SPD  | CDU  | GAL  | FDP  | Linke  | Anmerkungen  |
|---------------------------------|--|--|--|--|--|--|
| <b>Gesetzlicher Mindestlohn</b> | <p>Trotz wirtschaftlicher Entwicklung nimmt die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse zu. Konkurrenz von ausländischen Billiglöhnern verstärkt die Entwicklung. Wir Hamburger Sozialdemokraten setzen uns darum für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 7,50 € pro Stunde ein.</p> <p>Arbeit braucht angemessene Bezahlung: Mindestlohn jetzt durchsetzen.</p> <p>Nach den beschämenden Erfahrungen der vergangenen Jahre in Hamburg mit Dumpinglöhnen halten wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 7,50 Euro für unabdingbar.</p> | <p>Im Programm der Hamburger CDU wird das Thema nicht erwähnt.</p> | <p>Um den Abwärtstrend im Niedriglohnbereich umzukehren und die Zahl von Beziehenden von ergänzenden Leistungen zum Lebensunterhalt zu senken, werden wir bundespolitische Initiativen ergreifen, die auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zielen.</p> | <p>Das Wahlprogramm der FDP Hamburg erwähnt das Thema nicht.</p> | <p>Die Linke fordert eine Bundesratsinitiative Hamburgs zur Einführung eines Mindestlohnes von 8 € plus.</p> | <p>In den „Anforderungen des <b>DGB-Hamburg</b>“ zur Bürgerschaftswahl findet sich ein Zitat von Präsident <b>Franklin D. Roosevelt</b> anlässlich der Einführung des <b>gesetzlichen Mindestlohns</b>: „Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben. Mit einem zum Leben ausreichenden Lohn meine ich mehr als das bloße Existenzminimum. Ich meine Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.“</p> |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Mindestlohn -**

| Thema                    | SPD | CDU | GAL | FDP | Linke | Anmerkungen   |
|--------------------------|-----|-----|-----|-----|-------|---|
| Gesetzlicher Mindestlohn |     |     |     |     |       | <p>Im Grundsatzprogramm der Gesamt-<b>CDU</b> 2007 heißt es:<br/>         „Wir wollen Rahmenbedingungen, die eine legale Beschäftigung auch gering Qualifizierter in einfacher Arbeit mit entsprechend beschäftigungsfreundlichen Löhnen und Gehältern attraktiver machen. Hierfür wollen wir niedrig entlohnte Arbeitnehmer finanziell unterstützen. Dies soll auch Arbeitssuchende motivieren, Beschäftigungschancen zu ergreifen, und die Arbeitgeber ermuntern, neue Arbeitsplätze zu schaffen“.</p> <p>Einschränkend wird auf die geltende Gesetzeslage verwiesen: „Sittenwidrige Löhne, die den ortsüblichen Branchenlohn deutlich unterschreiten, müssen verboten sein.“</p> |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Umwelt und Energie -**

| Thema                                      | SPD   | CDU  | GAL  | FDP   | Linke   | Anmerkungen  |
|--|---|--|--|---|---|--|
| <b>Grundsätze / Masterplan Klimaschutz</b> | <p>Wir werden einen Masterplan Klimaschutz auflegen, damit Hamburg nicht nur mit Einzelprojekten in den Medien glänzt, sondern zu spürbaren Fortschritten im Klimaschutz kommt.</p> <p>Hamburg ist mit jährlich 19 Mio. Tonnen CO2-Emission Mitverursacher für den klimabedingten Anstieg des Meeresspiegels und hat aus Eigeninteresse einen gewichtigen Beitrag zur Senkung der CO2-Emissionen zu leisten. 40 Prozent ist das Ziel bis 2020 für den Bund.</p> <p>Die SPD will die Lebens- und Umweltqualität für alle, für künftige Generationen erhalten und verbessern.</p> | <p>Mit einem neuen Klimaschutzgesetz unsere ehrgeizigen Ziele gesetzlich verankern.</p> <p>Unser Klimaschutzkonzept mit dem Ziel einer Reduzierung des CO2-Ausstoßes um zwei Mio. Tonnen umsetzen.</p> | <p>Der CDU-Senat hat sich jahrelang nicht für das Klima interessiert. GRÜNE wollen Hamburg zur Hauptstadt des Klimaschutzes machen, unsere Stadt soll Modellregion für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden.</p> <p>Konsequenter Klimaschutz ist nicht nur eine Notwendigkeit, um unsere Welt für die zukünftigen Generationen zu erhalten, sondern auch Jobmotor und Wirtschaftsfaktor.</p> | <p>Auch bei der Umweltpolitik steht die Eigeninitiative der Bürger gegen staatlichen Dirigismus. Bei allen Maßnahmen steht die wirtschaftliche Effizienz im Vordergrund</p> <p>Energieversorgung muss sich an den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit orientieren.</p> | <p>Der globale Klimawandel bedroht schon jetzt Milliarden Menschen. Hauptursache ist die Verbrennung gewaltiger Mengen fossiler Brennstoffe. (Kohle, Öl, Erdgas), die zur Emission viel zu großer Mengen CO2 führt. Diese Wirtschaftsweise nützt den Energie-, Chemie-, Auto- und Flugzeugkonzernen – es verletzt die Lebensinteressen der großen Mehrheit.</p> | <p><b>GAL</b> und <b>SPD</b> sind sehr dicht bei einander.</p> |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Umwelt und Energie -**

| Thema   | SPD   | CDU   | GAL   | FDP | Linke | Anmerkungen |
|---|---|---|---|-----|-------|-------------|
| <b>Klimaallianz / Umweltpartnerschaft für Hamburg</b> | Wir werden mit den Klima-, Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbänden und der Wirtschaft eine „Neue Klimaallianz für Hamburg“ bilden u. weitere geeignete Maßnahmen für den Klimaschutz entwickeln. | Umweltpartnerschaft Hamburg: Seit 2003 konnten fast 400 Unternehmen für nachhaltiges Wirtschaften gewonnen werden. Dadurch jährlich 50.000 Tonnen CO2 eingespart<br>Gemeinsam mit elf Hamburger Industrieunternehmen im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung ab 2012 jährlich mindestens 500.000 Tonnen CO2 einsparen. |   |     |       |             |
| <b>Energieeinsparungskampagne</b>                     | Durchführung einer Einspar- und Effizienzkampagne für Verbraucher.<br>Gründung eines Effizienzfonds aus Einspargewinnen.  | Hamburg als Standort von Energieeinsparungen und „regenerativen Energien“ vom Passivhaus bis zum Brennstoffzellenbus bekannt machen.  | Wir brauchen massive Anstrengungen zur Senkung des Strom- und Wärmebedarfs und mehr Erneuerbare Energien. |     |       |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Umwelt und Energie -**

| Thema   | SPD   | CDU  | GAL  | FDP | Linke  | Anmerkungen |
|---|---|--|--|-----|--|-------------|
| <b>Energieeinsparung und Energieeffizienz</b>   | Nötig ist ein Mix aus Energieeinsparung sowie besserer Ausnutzung von Energie und Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien. Für eine Übergangszeit werden noch hocheffiziente und CO2-arme fossile Kraftwerke erforderlich sein.<br><br>Förderung von Energiesparen und Einsatz von erneuerbaren Energien. |  | Wir brauchen mehr kleine dezentrale Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, massive Anstrengungen zur Senkung des Strom- und Wärmebedarfs und mehr Erneuerbare Energien. |     |  |             |
| <b>Energieeffizienz der städtischen Gebäude</b> | Förderung von Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden.  | Den Strombezug der Hamburger Behörden ab 2008 komplett auf Ökostrom umstellen. | Wir fordern, dass der Senat frühestmöglich den Vertrag mit Vattenfall kündigt und die Stromversorgung neu ausschreibt, möglichst mit 100 Prozent Ökostrom.                     |     | Für Behörden und im öffentlichen Besitz befindliche Unternehmen werden Energiesparpläne entwickelt, die binnen fünf Jahren verbindlich zu einer Senkung des Energieverbrauchs um 30 Prozent führen. Es wird nur noch Ökostrom von einem zertifizierten Ökostromanbieter bezogen. |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Umwelt und Energie -**

| Thema                             | SPD   | CDU  | GAL  | FDP | Linke   | Anmerkungen |
|-----------------------------------|---|--|--|-----|---|-------------|
| <b>Wärmedämmung bei Altbauten</b> | Förderung der Wärmedämmung in 700.000 Altbauten.  | Energiespar-Investitionen in vorhandene Gebäude durch spezielle Programme fördern  | Wir wollen die Wär-<br>mestandards ver-<br>schärfen und den<br>Einsatz Erneuerbarer<br>Energien beim Neu-<br>bau und in der Alt-<br>bau-Sanierung zum<br>verbindlichen Stan-<br>dard machen. |     | Förderprogramm für die nachträgliche Wärmedämmung des Altbaubestandes auf 25 Millionen Euro jährlich erhöhen.   |             |
| <b>Energieeffizientes Bauen</b>   | Bindung von öffentlichen Bauvergaben an Energieeffizienz-Kriterien.<br>Standards für den energetischen Verbrauch von Neubauten verbindlich festlegen und durchsetzen. | Energieeffizientes Bauen und regenerative Energien u. a. mit der „Ökologischen Bauausstellung“ (im Jahr 2005) gefördert. | Im Neubau soll eine noch bessere Wärmedämmung zur Pflicht werden.  |     | Bei Neubauten ist die Integration von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Dach- und Fassadenflächen zwingend vorzuschreiben. Sie werden nur noch als Passivhäuser genehmigt. Damit werden CO2-Emissionen reduziert sowie zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Umwelt und Energie -**

| Thema                        | SPD  | CDU | GAL  | FDP   | Linke | Anmerkungen |
|------------------------------|--|-----|--|---|-------|-------------|
| <b>Energieagentur</b>        | Einrichtung einer zentralen Energieagentur mit Bezirksberatungsstellen.  |     | Wir brauchen eine Institution, die Maßnahmen zur Energieeinsparung, Verbesserung der Energieeffizienz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien koordiniert und Investitionen bei BürgerInnen, in der Wirtschaft und im Wohnungsbereich anschiebt. Diese Aufgaben soll die Hamburger Energieagentur übernehmen. |   |       |             |
| <b>Regenerative Energien</b> | Repowering von Windkraftanlagen und Vermietung von Dachflächen für Solaranlagen.<br>Wind- und Solarbranche zu einer Leitindustrie für Hamburg ausbauen und für eine Vernetzung der Grundlagen- und Anwendungsforschung untereinander und mit den Unternehmen sorgen. |     | Die Windkraftleistung soll verfünffacht werden, unter anderem durch den Bau von Mikro-Windkraftanlagen auf Dächern, durch den Ersatz bestehender Windkraft-Anlagen durch neue, leistungsstärkere Anlagen und den Bau neuer Anlagen im Hafen.   | Mittelfristig alle Subventionen für regenerative Energien abschaffen. |       |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Umwelt und Energie -**

| Thema                                      | SPD  | CDU  | GAL | FDP  | Linke   | Anmerkungen |
|--|--|--|-----|--|---|-------------|
| <b>Pkw.-Verkehr und Klimaschutz</b>        | Förderung des Umstiegs privater PKW-Nutzer auf den öffentlichen Personennahverkehr, u. a. durch familienfreundlich übertragbare Klima-Tickets.<br>Umrüstung des öffentlichen Fuhrparks auf klimafreundliche Fahrzeuge. | Mit freiwilligen autofreien Sonntagen den Klimaschutz zum Volkssport machen. |     | ÖPNV und öffentliche Fahrzeuge so weit wie möglich auf Erdgas oder Biodiesel umrüsten und mit Rußfiltern ausstatten. |   |             |
| <b>Neue Umwelt- und Klimaschutzbehörde</b> | Wir werden wieder eine eigenständige Behörde für Umwelt, Energie und Klimaschutz einrichten.   | Neue Leitstelle Klimaschutz eingerichtet.                                    |     | .  | Es werden für alle Behörden Leitlinien eingeführt, die den Belangen des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes verbindlich Rechnung tragen. Energieeinsparungsverordnung wird deutlich verschärft. |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Umwelt und Energie -**

| Thema                                   | SPD  | CDU | GAL  | FDP   | Linke  | Anmerkungen |
|---|--|-----|--|---|--|-------------|
| <b>Ver- und Entsorgung / Stadtwerke</b> | <p>Wir werden unter Einbeziehung der Konzessionsverträge für das Hamburger Gas-, Fernwärme- und Stromleitungsnetz die Gründung eines kommunalen Stadtwerkes betreiben.</p> <p>Dezentrale Energieversorgung durch hocheffiziente Blockheizkraftwerke hat Vorrang.</p> |     | <p>Die Energienetze wieder von der Stadt betreiben lassen. In den nächsten Jahren laufen die Konzessionsverträge für Gas und Strom aus. Statt sie zu verlängern, könnte die Stadt Hamburg oder ein städtisches Unternehmen schon 2009 das Gasnetz und 2015 das Stromnetz übernehmen.</p> <p>Hamburg Wasser verfügt über die Kompetenzen zum Management von Versorgungsnetzen und kann zum Ausgangspunkt für den Aufbau von Hamburger Stadtwerken werden. .Aufbau einer dezentraleren Strom- und Wärmeversorgung.</p> | <p>Verhütung von Monopolen und Oligopolen auf den Energiemärkten.</p> <p>Keine Privatisierung der Wasserwerke</p> | <p>Energieversorger wie die ehemaligen HEW (jetzt Vattenfall) und HGW (jetzt Eon Hanse) gehören in die öffentliche Hand zurück. Als erster Schritt sind die Netze wieder zu kommunalisieren.</p> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Umwelt und Energie -**

| Thema                     | SPD   | CDU  | GAL   | FDP                                  | Linke   | Anmerkungen |
|---------------------------|---|--|---|--------------------------------------|---|-------------|
| <b>Kraftwerk Moorburg</b> | <p>Das geplante Kohlekraftwerk in Moorburg droht mit einem Jahresausstoß von bis zu 8 Mio. Tonnen CO2 alle Klimaschutzziele Hamburgs für die Dauer der 40-jährigen Laufzeit unerreichbar zu machen. Die Jahreskapazität von 1.640 MW ist es völlig überdimensioniert. Deshalb fordern wir eine Begrenzung der Kapazität auf die des abgängigen Heizkraftwerkes in Wedel sowie Gas- statt Kohlefeuerung. Gas ist doppelt so effizient wie Kohle und emittiert lediglich die Hälfte an CO2.</p> | <p>Neues Kohlekraftwerk in Moorburg sichert langfristig Hamburgs Energieversorgung.</p> <p>Das ist auch gut für die Umwelt, da so alte Kraftwerke mit hohem Schadstoffausstoß abgeschaltet werden. Und: Das neue Kraftwerk soll eine CO2-Abtrennung erhalten und ist damit technologisch wegweisend.</p> | <p>Der CDU-Senat, hat Vattenfall überhaupt erst auf die Idee gebracht, die Kapazität des geplanten Kohlekraftwerks in Moorburg zu verdoppeln und damit den städtischen CO2-Ausstoß auf einen Schlag um 40 Prozent zu erhöhen. Die neuen Klimaschutzbemühungen des Senats werden dies kaum auffangen können.</p> <p>Kohlekraftwerk verhindern: ein kleineres Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung, das mit erheblich umweltfreundlicherem Erdgas betrieben wird.</p> | <p>Kraftwerk Moorburg errichten!</p> | <p>Kein Kohlekraftwerk (KoKW) in Moorburg – und auch nicht anderswo! Für das von Vattenfall geplante KoKW darf der Senat keine wasserrechtliche Genehmigung erteilen. Zur Nutzung fossiler Energieträger dürfen nur gasbetriebene Kraftwerke genehmigt werden. Bestehende Kraftwerke werden zur Nutzung der Abwärme verpflichtet.</p> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Umwelt und Energie -**

| Thema                               | SPD  | CDU                                    | GAL  | FDP  | Linke  | Anmerkungen |
|-------------------------------------|--|--|--|--|--|-------------|
| <b>Klimaforschung</b>               | Vernetzung von wissenschaftlich-technischen Instituten mit Klimaforschung. |  | Wir haben Forschungsinstitute und Unternehmen, die weltweit führend sind bei der Erforschung des Klimawandels und der Anwendung von Erneuerbaren Energien. Bei entsprechender Förderung durch die Stadt hat Hamburg gute Chancen, zum nord-europäischen Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien zu werden. | Alternative Energien, Brennstoffzellen weiter erforschen.                                      | Hamburg wird das Zentrum für Forschung und Entwicklung, Produktion und Dienstleistungen im Bereich regenerativer Energien. Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Potenziale an den Hamburger Hochschulen fördern. Die Ansiedlung von entsprechenden Unternehmen fördern. |             |
| <b>Ausstieg aus der Atomenergie</b> | keine Aussage (SPD ist für den Ausstieg)                                   | keine Aussage (CDU ist gegen Ausstieg) | Der Senat setzt bei der Energieversorgung weitgehend auf Kohle- und Atomkraft. Im Fall der Atomkraftwerke stellt die CDU-Politik eine latente Gefahr für Leib und Leben der Menschen in Hamburg dar.   | Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke bis umweltschonende Alternativen zur Verfügung stehen. | Sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel.  |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Verkehr -**

| Thema                                  | SPD   | CDU  | GAL  | FDP   | Linke   | Anmerkungen |
|--|---|--|--|---|---|-------------|
| <b>Öffentlicher Personennahverkehr</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Strecke Ahrensburg - Bad Oldesloe auf den üblichen Hamburger Standard aufwerten.</li> <li>▪ Modernisierung des Hamburger Hauptbahnhofes.</li> <li>▪ Schaffung weitere P+R Plätze.</li> <li>▪ Vermehrte Einrichtung von Car-Sharing-Stationen</li> <li>▪ Förderung des Umstieg vom PKW auf den ÖPNV, durch die Einführung familienfreundlicher übertragbarer Klima-Tickets.</li> <li>▪ Keine U-Bahn, sondern eine kostengünstigere Lösung für die Anbindung der Hafencity an den ÖPNV.</li> <li>▪ Fertigstellung der S-Bahn zum Flughafen.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ U/S-Bahnen fahren seit der CDU-Regierungszeit am Wochenende durchgehend.</li> <li>▪ Verbesserung des Services und der Sicherheit im HVV.</li> <li>▪ 21,6 % mehr Fahrgäste seit 2001.</li> <li>▪ Flughafen S-Bahn Fertigstellung 2008.</li> <li>▪ Die S-Bahn fährt nach Stade .</li> <li>▪ Erschließung der Hafencity durch U4.</li> <li>▪ Die Strecke Hamburg-Lübeck wurde elektrifiziert.</li> <li>▪ Ersten Wasserstoffbusse eingeführt.</li> <li>▪ Fahrgastinformationssysteme in Bussen und Bahnen ausgebaut.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel bewegen.</li> <li>▪ Anbindung von Steilshoop und Bramfeld an das Nahverkehrs-Bahnnetz.</li> <li>▪ Ausbau der Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im ÖVPN.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Trennung von Streckennetz und Betrieb, um auch Privatbetreibern den Markteintritt zu ermöglichen.</li> <li>▪ Bessere Anbindung des Umlandes an die nächsten Subzentren mit finanzieller Beteiligung des Umlandes.</li> <li>▪ Anbindung Randgebiete in Nebenzeiten verbessern.</li> <li>▪ Abschaffung der Schnellbuszuschläge</li> <li>▪ Verlängerung der S-Bahn von Ahrensburg bis Bad Oldesloe und Anbindung von Steilshoop und Bramfeld ans U-Bahnnetz.</li> <li>▪ Überprüfung des Nahverkehrskonzeptes für die Hafencity auf</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ringschluss der S/U Bahnen durch Tagenten Altona/Harburg und Pinnberg/Volksdorf</li> <li>▪ Kein U-Bahn-Bau in der Hafencity</li> <li>▪ Grüne Ampelwellen für Busse.</li> <li>▪ Umrüstung der Busse auf Gas- und Hybridtechnik.</li> <li>▪ Die Anwohnerparkzonen werden kostenpflichtig, dafür erhält man eine Ermäßigung beim HVV.</li> <li>▪ Höhere Taktfrequenzen für den Hamburger Speckgürtel.</li> <li>▪ Ausbau der Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im ÖVPN.</li> </ul> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Verkehr -**

| Thema                             | SPD   | CDU  | GAL   | FDP  | Linke  | Anmerkungen |
|-----------------------------------|---|--|---|--|--|-------------|
|                                   |   | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bramfeld, Steilshoop, Lurup und den Osdorfer Born besser an den ÖVPN anbinden.</li> </ul> |   | <p>Wirtschaftlichkeit.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Wiedereröffnung des Schellfisch-tunnels in Hamburg - Altona für den Busverkehr.</li> <li>▪ Nutzen des Wassernetzes für Wassertaxis.</li> </ul> |  |             |
| <b>Einführung einer Stadtbahn</b> | Die Planung für ein Stadtbahn-Kern-Netz wieder aufnehmen. | Keine Aussage  | Einführung einer Stadtbahn z.B. in der Hamburger City, aber auch als Alternative zum Millio-nengrab U4 Verlän-gerung. | Keine Aussage  | Reetablierung einer Stadtbahn.   |             |
| <b>HVV Sozialticket</b>           | Keine Aussage   | Keine Aussage  | Wiedereinführung eines wirklichen Sozialtickes, zu we-niger als 20 €.   | Keine Aussage  | Sozialticket 18,00 € im Öffentlichen Nahverkehr für sozi-al benachteiligte BürgerInnen als Ein-stieg in den Nulltarif zur Sicherstellung der Mobilität und der gesellschaftli-chen Teilhabe. |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Verkehr -**

| Thema                | SPD  | CDU  | GAL   | FDP  | Linke  | Anmerkungen |
|----------------------|--|--|---|--|--|-------------|
| <b>Verkehrsfluss</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vermehrt Güter auf das Binnenschiff verlagern, um die Straßen von LKW - Transporten zu entlasten.</li> <li>▪ Entlastung der Straßen in der Rush-Hour durch zusätzliche P+R-Plätze.</li> <li>▪ Verringerung der Toten auf unseren Straßen durch ein Verkehrskonzept.</li> <li>▪ Vermehrte Einrichtung von Car-Sharing-Stationen.</li> <li>▪ Dafür sorgen, dass die A20 eine direkte Anbindung an die A7 und die A1 bekommt.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Intelligente Ampelschaltungen für besseren Verkehrsfluss.</li> <li>▪ Sonderprogramm zur Instandsetzung der Straßen.</li> <li>▪ Brötchentaste für Kurzparker eingeführt.</li> <li>▪ Zahl der Kreisverkehre mehr als verdoppelt.</li> <li>▪ Tempo 60 auf vielen Hauptverkehrsstraßen wieder eingeführt.</li> <li>▪ Umrüstungen der Ampeln auf LED-Technik.</li> <li>▪ Güterumgehungsbahn: Lärmschutz deutlich verbessern</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einführung einer Citymaut.</li> <li>▪ Einführung von Car-Sharing.</li> <li>▪ Einführung von Wassertaxis und Faradleihstationen, um den Verkehr zu minimieren.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ausbau der A7 bis Kiel auf 8 Spuren.</li> <li>▪ Einführung von Telematik für die Ampelschaltungen.</li> <li>▪ Anschluss aller Ampeln an den zentralen Verkehrsrechner.</li> <li>▪ Übersichtlichere Beschilderung der Straßen.</li> <li>▪ Keine Verkehrsberuhigung in Mischgebieten.</li> <li>▪ Vermehrte Kreuzungen mit Kreisverkehren.</li> <li>▪ Kreuzungsfreier Ausbau des Ringes 2 auf durchgehend vier Spuren.</li> <li>▪ Schnelle Umsetzung der Finkenwerder Ortsumgehung.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ampelanlagen für Grüne Wellen.</li> </ul> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Verkehr -**

| Thema                   | SPD   | CDU   | GAL   | FDP   | Linke   | Anmerkungen   |
|-------------------------|---|---|---|---|---|---|
| <b>Verkehrslärm</b>     | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Auflegung eines städtischen Lärminderungsprogrammes.</li> <li>▪ Güterumgebungsbahn: für eine baldige Entlastung der Anwohner sorgen.</li> <li>▪ Verkehrsberuhigte Tempo 30 Zonen weiter ausbauen.</li> <li>▪ Keine Aufweichung des Nachtflugverbotes nach 23 Uhr.</li> <li>▪ Vorsorge beim Lärmschutz bei Triebwerkstest des A380 treffen.</li> <li>▪ Bau des Autobahndeckels über die A7 zwischen Otmarschen und Stellingen.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mehr Ruhe beim Flughafen nach 23Uhr.</li> <li>▪ Bau des Autobahndeckels über die A7 zwischen Otmarschen und Stellingen.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Durch die Einführung einer Citymaut verringert sich die Lärmbelastung auf den Straßen in der City.</li> <li>▪ Bau des Autobahndeckels über die A7 zwischen Otmarschen und Stellingen.</li> <li>▪ Der Lärmschutz an der Gütertrasse durch Wilhelmsburg, Harburg, Wandsbek und Rahlstedt muss deutlich verbessert werden.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Schnellstmögliche Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Keinen weiteren Ausbau des Flughafens Fuhlsbüttel.</li> <li>▪ Bau der Güterumgebungsbahn, um Lärm zu vermeiden.</li> </ul> | <p>CDU (von Beust) kann sich die Einführung der City - Maut auch in Hamburg vorstellen.</p> |
| <b>Barrierefreiheit</b> | Die Bahnhöfe Schritt für Schritt behinderten-, familien- und altengerecht ausbauen, d.h. barrierefrei.  | Keine Aussage   | Barrierefreiheit in den U- und S-Bahnen und deren Stationen.  | Beschleunigung der Barrierefreiheit der S- und U-Bahnstrecken   | Behindertengerechte Sanierung der U/S-Bahnen.   |   |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Verkehr -**

| Thema             | SPD  | CDU  | GAL   | FDP   | Linke  | Anmerkungen |
|-------------------|--|--|---|---|--|-------------|
| <b>Radverkehr</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Den Radverkehr bis 2015 signifikant erhöhen.</li> <li>▪ Ein Radwegealltagsnetz einführen, mit dem Schwergewicht auf Streckenführungen abseits der Hauptverkehrsstraßen.</li> <li>▪ Die Schaffung eines Fahrradleihsystems in ganz Hamburg.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Den Radverkehrsanteil erhöhen und einen echten Qualitätssprung durch die Umsetzung der Radverkehrskonzeption machen.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einführung von Faradleihstationen</li> <li>▪ Verdreifachung des Fahrradverkehrs in Hamburg.</li> <li>▪ Durchgängige Fahrradrouten.</li> <li>▪ Mehr Fahrradabstellmöglichkeiten.</li> <li>▪ Längere Grünphasen an Ampeln für Radfahrer.</li> <li>▪ Abbau von Grünen-Pfeilen, da es zu vielen Kollisionen zwischen Autos und Radfahrern kommt.</li> <li>▪ Ausbau der Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im ÖPNV.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Umgehende Beseitigung von Straßenmängeln.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sanierung der Radwege.</li> <li>▪ Bessere Ampelschaltungen für Radfahrer.</li> <li>▪ Ausbau der Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im ÖPNV.</li> <li>▪ Mitbenutzung der Fahrbahn durch Radfahrer auch wenn es keinen Radweg gibt.</li> </ul> |             |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Finanzpolitik -**

| Thema             | SPD  | CDU  | GAL  | FDP  | Linke  | Anmerkungen  |
|-------------------|--|--|--|--|--|--|
| <b>Grundsätze</b> | <p>(Wir wollen) eine auf sozialen Ausgleich und Zukunftsinvestitionen ausgerichtete Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik. Wir werden die in den letzten Jahren betriebene einseitige Spar- und Ausgabenpolitik deshalb korrigieren.</p> <p>Wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt ohne weitere Vermögensverkäufe. Dieses Ziel lässt sich erreichen, wenn die Einnahmen stabilisiert und die Ausgaben begrenzt und konsequent auf politische Schwerpunkte konzentriert werden.</p> | <p>Solide Staatsfinanzen. Ausgeglichener Haushalt – keine neuen Schulden mehr.</p> <p>Hamburg hat einen ausgeglichenen Gesamthaushalt. Die laufenden Einnahmen decken alle laufenden Ausgaben. Hamburg finanziert seine Investitionen aus eigenen Mitteln.</p> <p>Wir werden die Neuverschuldung auf Null halten. Wir werden mit der begonnenen Tilgung der Altschulden fortfahren.</p> <p>Wir werden das Vermögend der Stadt für künftige Generationen wieder vergrößern.</p> | <p>Der jetzige Senat verzehrt Vermögen – Kreditaufnahmen, Privatisierungen und Entnahmen aus Rücklagen stehen einem deutlich geringeren Vermögensaufbau gegenüber. Damit enteignet der Senat schleichend die Stadt und kommende Generationen.</p> <p>Ehrliche Politik muss Finanzierungsquellen benennen und Prioritäten setzen. Hamburg braucht vor allem mehr Geld für Bildung.</p> <p>Priorität haben für uns alle Ausgaben, die ein nachhaltiges Wirtschaften unterstützen, für Gerechtigkeit zwischen Generationen und Geschlechtern sorgen und die Zukunft Hamburgs für unsere Kinder sichern.</p> | <p>Die „Eröffnungsbilanz“ des Senats 2006 wies eine Eigenkapitalquote von 8 % aus. Bei gleichbleibender Finanzpolitik wird dieses Vermögen innerhalb der nächsten Legislaturperiode verzehrt und die Stadt spätestens ab 2013 überschuldet sein. Privatunternehmen müssen in vergleichbarer Lage Insolvenz anmelden. Das abzuwenden ist vorrangiges Ziel liberaler Haushaltspolitik der nächsten vier Jahre.</p> | <p>Die entscheidenden Rahmenbedingungen für die Finanzkraft des Landes Hamburg werden von der Bundesebene und der EU bestimmt. Aber Hamburg hat Spielräume für einen alternativen, sozialen und solidarischen Stadtentwicklungspfad, den keine der bisherigen Bürgerpartei auch nur ansatzweise beschreitet.</p> | <p>Die <b>CDU</b> verschweigt, dass sie in den letzten Jahren in großem Stil öffentliches Vermögen veräußert hat und dies auch zukünftig fortsetzen will (verdeckte Kreditaufnahme).</p> <p>Die <b>GAL</b> fordert die „ehrlche Benennung“ von Finanzquellen, konkret wird von ihr aber nur die Reform des Länderfinanzausgleichs angesprochen.</p> <p>Die Aussagen der <b>SPD</b> sind grundsätzlich richtig, aber wenig konkret.</p> |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Finanzpolitik -**

| Thema                          | SPD  | CDU  | GAL  | FDP  | Linke  | Anmerkungen   |
|--------------------------------|--|--|--|--|--|---|
| <b>Haushaltskonsolidierung</b> | Wir wollen die Finanzierung der Zukunftsaufgaben in den Bereichen Bildung, Arbeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Infrastruktur vor allem durch Haushaltsumschichtungen sichern und verbessern. | Hamburg gibt immer noch ein Achtel seiner Steuereinnahmen nur für Zinsen aus. deshalb unser Ziel: konsequenter Schuldenabbau!<br><br>Wir werden weiterhin einen ausgeglichenen Gesamthaushalt haben. | Hamburgs Finanzlage ist hoch kritisch. Die Stadt lebt über ihre Verhältnisse.<br><br>Schulden bremsen, Werte erhalten – atmender Haushalt. Der alte kamerale Schuldenbegriff ist nur die Hälfte der Wahrheit, weil er den Vermögensverzehr und die Verkäufe nicht erfasst.<br><br>Wir wollen eine „rollierende Schuldenbremse“, die einen atmenden Haushalt zulässt, also vorübergehende Kreditaufnahme in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Sie zwingt aber dazu, sparsam zu wirtschaften und in guten Zeiten konjunkturell bedingte Kredite wieder zu tilgen. | Die vergleichsweise im Augenblick komfortablere Haushaltslage beruht ausschließlich auf höheren Steuereinnahmen, niedrigen Zinsen und geringeren Einzahlungsverpflichtungen in den Länderfinanzausgleich.<br><br>In der kommenden Legislaturperiode wollen wir einen nachhaltig ausgeglichenen Betriebshaushalt erreichen und mit dem Abbau des Schuldenbergs beginnen. Wir werden ein qualifiziertes Neuverschuldungsverbot in die Hamburger Verfassung einführen.<br><br>Alle staatlichen Leistungen müssen auf den Prüfstand gestellt werden. | Die Linke will die Überschüsse im Hamburger Haushalt (1,6 Mrd. € 2006 – 2008 und 0,7 Mrd. € 2009 – 2010) für eine soziale Anschubfinanzierung in Höhe von 500 Mio. € pro Jahr nutzen.<br><br>Die Betriebsüberschüsse sind Resultat drastischer Sparoperationen. Die höheren Einnahmen verdankt die Stadt der blühenden Konjunktur.<br><br>Der CDU-Senat steckt die Überschüsse in Renommierprojekte. Diese Politik ist sozial und betriebswirtschaftlich unakzeptabel. Soweit möglich, müssen die Renommierprojekte gestoppt werden. | Die <b>SPD</b> äußert sich nicht konkret, zu Lasten welcher Aufgabenbereiche sie umschichten will.<br><br>Wenn die <b>CDU</b> den Schuldenabbau unter allen Umständen fortführen will, bleibt für den Fall rückläufiger Staatseinnahmen nur der Verkauf öffentlichen Eigentums als Ausweg!<br><br>Die <b>GAL</b> kritisiert zutreffend die mangelnde Seriosität der CDU-Position i.S. Schuldenabbau und schlägt Alternativen vor. |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Finanzpolitik -**

| Thema                                   | SPD  | CDU | GAL  | FDP   | Linke   | Anmerkungen   |
|---|--|-----|--|---|---|---|
| <b>Verbesserung der Staatseinnahmen</b> | <p>Die Vermögens- und Einkommensverhältnisse haben sich in Deutschland auch durch steuerpolitische Entscheidungen dramatisch verschoben. Um so wichtiger ist es heute, dass Vermögen und Erbschaften angemessen besteuert werden.</p> <p>Wir wollen eine Bundesinitiative für eine reformierte Vermögensteuer starten, um eine gerechtere Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu erreichen.</p> |     | <p>Anders als der jetzige Senat wollen wir, dass der private Reichtum Hamburgs einen größeren Beitrag dazu leistet, öffentliche Armut zu beseitigen.</p> <p>Einen wesentlichen Beitrag dazu muss eine bundesweite Föderalismusreform leisten, die Kommunen und Stadtstaaten wieder mit den notwendigen Mitteln ausstattet.</p> | <p>Der Länderfinanzausgleich ist bis 2020 abzuschaffen.</p> <p>Der Gewerbesteuer-Hebesatz ist stufenweise zu senken. Als mittelfristige Alternative zur Gewerbesteuer setzt sich die FDP für die Einführung einer Kommunalsteuer (als Zuschlag zur Einkommensteuer) unter gleichzeitiger Erhöhung des Gemeindeanteils am Umsatzsteueraufkommen.</p> <p>Die Grundsteuer ist auf den Stand von 2003 abzusenken.</p> | <p>Wir schlagen auf Bundesebene die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Rücknahme der Unternehmensteuerreform vor.</p> <p>Wir verlangen die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, die Erhöhung der Grundsteuer und die Anhebung der Gewerbesteuer sowie die Einführung einer Gemeindegewerbesteuer für alle Unternehmen und Freiberufler.</p> <p>Im Zuge der Föderalismusreform II soll sich der Senat für eine grundlegende Reform der Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einsetzen.</p> | <p>Die <b>GAL</b> äußert sich nicht konkret, wie sie den privaten Reichtum stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranziehen will.</p> <p>Die <b>FDP</b> will die Staatseinnahmen ihrer Logik zufolge nicht erhöhen, sondern senken. Die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs würde die Hamburger Einnahmeseite aber verbessern.</p> |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Finanzpolitik -**

| Thema                          | SPD  | CDU  | GAL  | FDP   | Linke  | Anmerkungen  |
|--------------------------------|--|--|--|---|--|--|
| <b>Kaufmännischer Haushalt</b> |  | Vorreiterrolle: Als erstes deutsches Bundesland hat Hamburg eine kaufmännische Bilanz vorgelegt und steht damit bei der Modernisierung öffentlicher Haushalte an der Spitze. | Wir wollen ein vollständig kaufmännisches Haushaltswesen in Hamburg einführen. | Die FDP wird dafür Sorge tragen, dass ein professionelles Controllingsystem sowie Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch externe Experten als wesentlicher Beitrag für ein effizientes Verwaltungshandeln konsequent angewandt werden. |  |  |
| <b>Steuerprüfung</b>           | Es ist unverantwortlich und ungerecht, wenn in Hamburg große Vermögen und Einkommen nur selten einer Steuerprüfung unterzogen werden.<br><br>Wir werden die Finanzverwaltung auch um Steuer- und Betriebsprüfer verstärken, um Steuerrückstände und große Vermögen besser zu erfassen. |  |  |   | Wir werden die Einstellung von 150 zusätzlichen Betriebsprüfern verlangen. Mittelfristig setzen wir uns dafür ein, alle Hamburger Betriebe regelmäßig nahtlos zu prüfen. | Das Thema Steuerprüfung wird nur von <b>SPD</b> und <b>Linke</b> angesprochen. |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Privatisierung -**

| Thema             | SPD  | CDU            | GAL            | FDP   | Linke  | Anmerkungen  |
|-------------------|--|----------------|----------------|---|--|--|
| <b>Grundsätze</b> | <p>Städtisches Vermögen, stadteigene Unternehmen, öffentliches Eigentum an Gebäuden und Grundstücken dienen der Daseins- und Risikovorsorge für die Menschen in unserer Stadt. Das beginnt bei der Krankenhausversorgung und reicht über die Wasserversorgung, bezahlbare Wohnungen, öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Entwicklung des Hafens.</p> <p>Das städtische Vermögen, das Generationen geschaffen haben, darf nicht binnen einer Generation verzehrt werden.</p> <p>Wir werden daher den Verkauf des städtischen Vermögens stoppen.</p> | keine Aussage! | keine Aussage! | <p>Die FDP bekennt sich zu unbequemen Konsequenzen der Freiheit, d.h. auch zur Privatisierung von Staatseigentum und zur Förderung von Wettbewerb.</p> <p>Die FDP wird eine entschlossene Privatisierungspolitik betreiben.</p> | <p>Privatisierung ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums. Öffentliches Eigentum ist die Voraussetzung für demokratische Gestaltung und Kontrolle. Sofortiger Stopp der laufenden Privatisierungen.</p> <p>Die Linke verfolgt eine Politik der Re-kommunalisierung der privatisierten öffentlichen Unternehmen. Im ersten Schritt sollen der LBK und Pflegen &amp; Wohnen (kreditfinanziert) zurück gekauft werden.</p> | <p>Die <b>GAL</b> kritisiert die Veräußerung öffentlichen Vermögens durch den CDU-Senat, hält sich beim Thema Privatisierung ansonsten aber bedeckt.</p> <p>Die <b>CDU</b> sagt nichts zu möglichen weiteren Privatisierungsvorhaben. Das war im CDU-Wahlprogramm 2004 —2008 genauso – trotzdem hat der CDU-Senat die (Teil-)Verkäufe von LBK, Pflegen &amp; Wohnen und HHLA durchgezogen! Der CDU-Senat hat sogar darüber verhandelt, die Hamburger Hochbahn AG zu verkaufen!</p> |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Privatisierung -**

| Thema           | SPD  | CDU  | GAL   | FDP  | Linke  | Anmerkungen  |
|-----------------|--|--|---|--|--|--|
| <b>HHLA</b>     | Der CDU-Senat hat in unverantwortlicher Weise Teile der HHLA verkauft. Wir werden dafür sorgen, dass ein Verkauf über die jetzt an die Börse gebrachten 30 % hinaus nicht stattfindet.   | keine Aussage!   | Die GAL lehnt den Verkauf weiterer Anteilen an der HHLA ab, um eine Sperrminorität anderer unerwünschter Unternehmen zu verhindern. | Insbesondere die HHLA soll teilweise oder vollständig privatisiert werden.     | Der Hafen ist ein Schlüsselsektor für die Hamburger Arbeits- und Lebensverhältnisse und muss im öffentlichen Eigentum bleiben. | Die <b>CDU</b> äußert sich nicht zu einer möglichen weiteren Privatisierung der HHLA.  |
| <b>SAGA GWG</b> | Wir werden die SAGA GWG nicht verkaufen. Wir wollen das aus sozial gebundenem Vermögen erwirtschaftete Geld wieder für Wohnungsbau und soziale Stadtentwicklung einsetzen und nicht – wie der CDU-Senat – für sog. Leuchtturmprojekte. | SAGA- und GWG-Mieter vor Verkäufen geschützt. Denn nur die Mieter selbst können ihre Wohnungen kaufen. | keine Aussage!  | Insbesondere die SAGA GWG soll teilweise oder vollständig privatisiert werden. | Keine Privatisierung, sondern Erhalt des städtischen Wohnungsbestandes.  | Die <b>GAL</b> hat sich bei anderer Gelegenheit gegen einen Verkauf der SAGA GWG ausgesprochen, nimmt in ihrem Wahlprogramm aber keine Stellung zum Thema Privatisierung.<br>Die <b>CDU</b> verschweigt: Durch den Verkauf der GWG an die SAGA und die weiteren Grundstücksaktionen werden die Mieter für die Prestigeprojekte des CDU-Senats zur Kasse gebeten. |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Privatisierung -**

| Thema  | SPD  | CDU  | GAL | FDP   | Linke   | Anmerkungen   |
|--|--|--|-----|---|---|---|
| <b>LBK</b>   | Die Stadt muss die Einhaltung der gesetzlichen Qualitätsstandards sichern. Deshalb wird die SPD die letzten 25,1 % am LBK nicht verkaufen. | Landesbetrieb Krankenhäuser durch Teil-Privatisierung leistungsfähiger gemacht, Defizite abgebaut. |     |   | Der ehemalige LBK gehört in die öffentliche Hand zurück.  | <b>CDU</b> und <b>GAL</b> äußern sich nicht zum Verkauf der restlichen 25,1 % der Anteile am LBK (Asklepios). |
| <b>Wasserwerke, Stadtreinigung, Hamburger Hochbahn</b> | Wasserwerke, Stadtentwässerung, Stadtreinigung und Hamburger Hochbahn bleiben in öffentlicher Hand.  |  |     | Hamburger Hochbahn und Stadtreinigung sollen teilweise oder vollständig privatisiert werden.<br>Keine Privatisierung der Wasserwerke.   | Wir treten dafür ein, dass Schlüsselbereiche wie Energie, Wasser und Verkehr in öffentlichem Eigentum sind. |   |
| <b>Behördliche Aufgaben</b>                            |  |  |     | Zusätzlich wird jede Betätigung des Staates daraufhin untersucht, ob eine kostengünstigere Alternative durch Vergabe an Privatunternehmen in Betracht kommt. Dabei gibt es keine Denkverbote, z.B. die Beitreibung von Steuern und Gebühren, der Betrieb von Vollzugsanstalten, die Kfz.-Anmeldung u.a.m. |   |   |

**SPD Ottensen / AG Wirtschaft und Arbeit**  
**Vergleich der Wahlprogramme der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**  
**- Privatisierung -**

| Thema                                   | SPD   | CDU | GAL   | FDP | Linke  | Anmerkungen |
|---|---|-----|---|-----|--|-------------|
| <b>Stadtwerke / Re-kommunalisierung</b> | Wir werden unter Einbeziehung der Konzessionsverträge für das Hamburger Gas-, Fernwärme- und Stromleitungsnetz die Gründung eines kommunalen Stadtwerkes betreiben. |     | Die GAL will die Energienetze wieder von der Stadt betreiben lassen. In den nächsten Jahren laufen die Konzessionsverträge für Gas und Strom aus. Statt sie zu verlängern, könnte die Stadt Hamburg oder ein städtisches Unternehmen schon 2009 das Gasnetz und 2015 das Stromnetz übernehmen. Hamburg Wasser verfügt über die Kompetenzen zum Management von Versorgungsnetzen und kann Ausgangspunkt für den Aufbau von Hamburger Stadtwerken werden. |     | Die Linke verfolgt eine Politik der Re-kommunalisierung der privatisierten öffentlichen Unternehmen. Etliche Kommunen können positive Erfahrungen vorweisen, seitdem sie die privatisierten Unternehmen wieder in Eigenregie übernommen haben. Hamburg kann auf die HGV zurückgreifen, um eine Re-kommunalisierung schrittweise zu verwirklichen |             |